



Fazit der Rückmeldungen zur Besoldungsstrukturreform: Betroffene zeigen sich enttäuscht und frustriert

27.08.2019

Für den dbb ist es wichtig, dass nicht die eigenen Funktionsträger, sondern vor allem die Mitgliederbasis der Fachgewerkschaften über den gewerkschaftlichen Kurs bestimmen. Deshalb haben wir um ein Meinungsbild zu den von der Landesregierung vorgelegten Eckpunkten einer Besoldungsstrukturreform gebeten. Das Ergebnis könnte nicht eindeutiger sein: Es kommen einhellig und in einem drastischen Ausmaß Enttäuschung und Wut zum Ausdruck, an den Plänen der Landesregierung wird kein gutes Haar gelassen.

Rückmeldungen kamen aus den verschiedensten Bereichen und Ebenen: Von Sachbearbeiterinnen über Führungskräfte bis zu Hochschulprofessoren, von Polizisten bis zu Lehrkräften, von Finanzbeamten bis zu Kommunalbeamtinnen und von Nachwuchskräften bis zu Pensionären. Die Resonanz hat unsere Vorstellungen weit übertroffen.

Wir haben eine Auswahl zusammengestellt, die wir auf den Folgeseiten veröffentlichen. Es sind einige Seiten geworden, sie sind aber – vor allem für die Politik – lesenswert, da die Befindlichkeiten der Beschäftigten deutlich werden – authentischer geht es nicht. Wir versichern, dass uns alle Verfasser bekannt sind, halten aber selbstverständlich unsere Zusage ein, die Namen nicht zu veröffentlichen, um eventuelle Repressalien auszuschließen.

Falls positive Rückmeldungen vermisst werden: es gab schlichtweg keine!

Das einzig Positive: Es hat sich bestätigt, dass der dbb sh und seine Fachgewerkschaften im Sinne der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes handeln, was jetzt mit noch größerer Überzeugung fortgesetzt wird.

Die Landesregierung und der Landtag sind gut beraten, endlich im Sinne der Beschäftigten zu handeln und unsere Positionen sowie Einschätzungen nicht weiter zu ignorieren. Es ist sehr deutlich geworden, welche Konsequenzen andernfalls entstehen können.

Jetzt muss nachjustiert und korrigiert werden. Wir sind gesprächsbereit, handlungsbereit und auch kompromissbereit!

dbb Info – Dienst

Auszüge aus den Rückmeldungen der Betroffenen zur vorgesehenen Besoldungsstrukturreform

Die geplanten Maßnahmen sind überhaupt nicht zufriedenstellend und die Attraktivität des Öffentlichen Dienstes wird hierdurch definitiv nicht gesteigert. Ich fühle mich dadurch von der Politik zu wenig wertgeschätzt.

Das würde für mich persönlich bedeuten, dass ich in 2021 und 2022 tatsächlich 5,60 €/mtl. mehr bekäme. Im Jahr 2023 und 2024 sind es dann immerhin 8,40 €/mtl. Das hätten die sich auch sparen können, zumal wir effektiv nur von 0,6 % mehr reden können. Die restlichen 0,4% wurden uns bei der letzten Besoldungsanpassung im Vergleich mit anderen Ländern bereits weggenommen. Allein meine Stromkosten (bei gleichem Verbrauch) steigen von 2019 auf 2020 um 255 € in einem Jahr! Das entspricht 21 €/mtl.

Derartige Marginalien als Strukturverbesserung verkaufen zu wollen, sehe ich als eine Unverschämtheit an. Die beschriebenen Maßnahmen dürften wohl kaum geeignet sein, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes des Landes SH in Konkurrenz zur Wirtschaft und anderen Bundesländern zu verbessern.

Ich werde jetzt gezwungen, den Gürtel enger zu schnallen als ursprünglich absehbar, um das Versagen der Politik bei der HSH Nordbank auszubaden! Für diese HSH-Geldverschwendung des Landes hat bis heute niemand die Verantwortung übernommen! Umso wütender bin ich, dass sowohl der Bund als auch andere Bundesländer nun die Kürzungen zurückschrauben - nur in Schleswig-Holstein nicht! Das ist nicht mal der Versuch einer Reform. Ich will nicht mehr haben, ich möchte nur das wieder haben, was man uns genommen hat. Ich sehe überhaupt keine Wertschätzung der Lebensleistung der Beamtinnen und Beamten. Und die Politik wundert sich über Politikverdrossenheit der Wähler?

Wir haben jahrelang zur Aufbesserung des Haushaltes, den die Politik irgendwie nicht so richtig in den Griff bekommen hat, beigetragen und diese jahrelange Praxis führt offensichtlich zu einer Art Gewohnheitsrecht, denn bis heute ist nichts daran geändert worden.

In den großen Betrieben gibt es 38 Stunden-Wochen, Beschäftigte bekommen Fahrzeuge zur privaten Mitbenutzung gestellt, es gibt 13 bis 14,5 Monatsgehälter. Und mit dem kleinen Strukturreformchen soll auch nur eine Nachwuchskraft angelockt werden? Das ist schlicht lächerlich.

Die Landesregierung verkündet einen „Kraftakt“. Ab 2021 in 4 Jahresschritten eine Anhebung von 1%. Ich habe meinen Mann angeschaut u. gefragt, ob wir „veralbert“ werden sollen oder ob ich das falsch verstanden habe. Leider bleibt bei der Bevölkerung nur hängen, dass die Beamten noch eine Erhöhung der Besoldung bekommen. Dass ich die aber in meiner Geldbörse kaum wiederfinden kann, merkt keiner.

Eigentlich gibt es nur vier Wörter dafür „ Ich fühle mich verar...“. Ich hatte mir mehr erhofft und dass die Landesregierung diese Regelung als großen Erfolg verbucht, beleidigt eigentlich meine Intelligenz.

Der Vorschlag ist eine Frechheit. Wo wird der Beruf attraktiver? Eine Sonderzuwendung i.S. des Weihnachtsgeldes muss doch für jeden auf Anhieb spürbar sein und macht den Beruf auch attraktiv. Die Polizei SH muss doch nicht nur mit anderen Ländern konkurrieren – und selbst da wird sich anscheinend am unteren Limit orientiert - sondern auch mit Wirtschaftsbetrieben, welche vielfach höhere Gehälter zahlen und Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgelder ausschütten. Das kann also wirklich nur ein schlechter Scherz sein.

Bleibt einem als Beamter in fortgeschrittenem Lebensalter, bei dem schon das Pensionslicht am Ende des Tunnels zu sehen ist, nur noch sein Engagement für den Dienst drastisch zu verringern: mal ein paar Krankheitstage mehr, mal einen Bildungsurlaub und sonstige Verpissertage einstreuen und sich mehr ins Privatleben zurückziehen. Den jungen Kollegen kann man eigentlich

Auszüge aus den Rückmeldungen der Betroffenen zur vorgesehenen Besoldungsstrukturreform

mit gutem Gewissen nur raten, sich möglichst bald aus dem Dienst zu verabschieden bzw. gar nicht erst einzutreten.

Ach ja, über die menschliche Seite gegebener und nicht eingehaltener Versprechungen und der großen sich überall breit machenden Enttäuschung und Wut nach vollmundiger Ankündigung der Reform habe ich mich ja noch gar nicht geäußert...

Das von der Landesregierung präsentierte Ergebnis ist desaströs für die Mehrzahl der Beamten und stellt mitnichten eine strukturelle Veränderung dar – weder bei der Jahressonderzahlung, noch bei der Arbeitszeit oder beim Beihilfe-Selbstbehalt. Die anvisierte Besoldungserhöhung von 1 Prozent in vier Jahren ist dagegen eine Provokation der Landes- und Kommunalbeamten. Es stimmt mich sehr traurig, dass anderen Belangen im Landeshaushalt immer wieder eine höhere Bedeutung eingeräumt wird

Das Einstiegsgehalt im gehobenen Dienst für die Besoldungsgruppe A9 wird am 01.01.2021 voraussichtlich 2.742,10€ betragen. Eine Erhöhung im Jahr 2021 um 0,2% würde ein Mehrgehalt von 5,48 € bedeuten. Es handelt sich hier wohlgerne um Bruttozahlen. Kann man hier eigentlich noch von einer Gehaltserhöhung sprechen oder handelt es sich vielmehr um eine Ohrfeige des eigenen Arbeitgebers? Für mich genommen bedeutet es letzteres.

Müsste ich mich jetzt entscheiden, ob ich eine Ausbildung in der freien Wirtschaft machen möchte oder doch das Land Schleswig-Holstein als Arbeitgeber wählen sollte, würde ich mich für die freie Wirtschaft entscheiden. Dies würde ich auch jedem empfehlen, der an diesem Scheideweg steht und mich um meine Meinung bittet. Ich frage mich dabei gerade, was es für die zukünftige erfolgreiche Suche nach geeigneten Anwärtern bedeutet, wenn nicht einmal die eigenen Leute Werbung machen wollen. Die Frage kann jeder für sich selbst beantworten. Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass ich nicht als nörgelnde Mitarbeiterin schreibe. Ich schreibe als enttäuschte Kollegin.

Die vorgeschlagene Besoldungsstrukturreform der Landesregierung fällt doch recht bescheiden aus und ist sicher nicht attraktiv genug, um dem Ziel gerecht zu werden, im Wettbewerb mit den anderen Bundesländern um die „besten Köpfe“ erfolgreich zu sein. Hinzu kommen weitere Aspekte, z.B. bei der Beihilfe. Auch hier stellt die hiesige Landesregierung ihre Beamten schlechter als die übrigen Bundesländer.

Nicht nur ich selbst, auch viele meiner Kolleginnen und Kollegen sind zutiefst enttäuscht darüber, wie man alleine schon auf das Weihnachtsgeld bezogen mit Ihnen umgeht und uns hinhält und (geföhlt) zum Narren hält. Zunächst wurde das Weihnachtsgeld gestrichen mit der Begründung einer schlechten Konjunktur. Die inzwischen wieder gute Konjunktur wurde quasi verschlafen, um nun wieder zu sagen, dass diese sicher bald enden wird. Unabhängig davon haben die Beamtinnen und Beamtin die ganze HSH Katastrophe nicht zu vertreten. Viele meiner Kolleginnen und Kollegen (und ich selber auch) finden diese Art und Weise zutiefst unseriös und charakterlos. Eine weitere Politikverdrossenheit wird geschürt.

Daneben stelle ich als Leitungskraft fest, dass wir immer größere Schwierigkeiten bekommen, gutes Personal zu akquirieren und besonders zu halten. Eine auch als angemessen empfundene Besoldung stellt einen wichtigen Grundpfeiler hierfür dar und darf nicht länger vernachlässigt werden. Die immer höher werdende Fluktuation schwächt den öffentlichen Dienst erheblich, da immer mehr Aufwand für einzuarbeitendes Personal entsteht. Ich erlebe täglich, dass all dies „auf dem Rücken älterer Kollegen“ stattfindet. Wenn uns diese dann krank werden oder aber in wenigen Jahren in Pension gehen, stehen wir einer neuen Generation von Mitarbeitenden gegenüber, die ihre eigene work-life-balance sehr genau im Auge haben und durchaus wechselwillig sind und sich beruflich verändern mögen. Lebensläufe von 40 Jahren beim gleichen Arbeitgeber werden da die Ausnahme sein. Das wird unsere Stabilität und Leistungsfähigkeit erheblich beeinträchtigen.

Die nun veröffentlichten Eckpunkte der Besoldungsstrukturreform sind auf gut Deutsch ein schlechter Witz. Der Leitgedanke, eine höhere Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erreichen,

Auszüge aus den Rückmeldungen der Betroffenen zur vorgesehenen Besoldungsstrukturreform

ist hier maximal im Ansatz zu erkennen. Solche Zahlen sind ein Schlag ins Gesicht für jede Kollegin und Kollegen, die jeden Tag pflichtbewusst ihren Dienst verrichten. Es fühlt sich nicht wie Dankbarkeit der Landesregierung, sondern eher wie blanker Hohn an, solche Zahlen zu sehen. Ich übe meinen Beruf jeden Tag mit Stolz aus. Aber solch eine Rückmeldung der Politik demotiviert!

Als ich vom Ergebnis gehört habe, habe ich mich echt vera...t gefühlt. Wertschätzung sieht anders aus. Wenn das Ziel ist, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern, dann würde ich sagen: Ziel verfehlt! Wenn ich z.B. vorher 2000€ netto verdient hätte, würde ich einen Sprung auf 2020€ machen – in 2024! Zusammenfassend würde ich sagen, lieber gar kein Ergebnis als so ein Ergebnis... Klingt undankbar, aber danken tut uns ja offensichtlich in der Politik auch niemand, wenn man sich so ein Ergebnis ansieht.

Für die Jahre 2006 bis 2018 hätte ich Sonderzuwendungen in Höhe von 46.643 € erwarten dürfen. Tatsächlich erhalten habe ich dank Kind und zeitweise noch A10 insgesamt doch ganze 9.432 €. Ich müsste noch rd. 300 Jahre bei diesen Erhöhungsbeträgen „arbeiten“ um das Fehl wieder einzuholen, wobei die weiterhin bestehende Beihilfekürzung diese Rechnung leider torpediert.

Die lineare Anhebung der Besoldung um ein Prozent ist nicht nur ein Sturm im Wasserglas, nein, es ist im Grunde genommen eine schallende Ohrfeige. Es wiegt das nicht gezahlte Weihnachtsgeld in keiner Weise auf. Ebenso die Gehaltskürzung durch die Eigenleistung bei der Heilfürsorge. 1,4 % sind schon ein Pfund, da kommt die lineare Gehaltserhöhung von einem Prozent in vier Jahren ebenso nicht mit. Ich habe das Gefühl, dass man hier für dumm verkauft werden soll. Dass die Landesregierung sich nicht schämt, zeugt davon, dass sie kein Gewissen hat und wir „denen“ völlig egal sind. Diese Nebelschwaden dienen nur der Ablenkung und werden medienwirksam verkauft. Wäre das Ganze nicht so traurig, könnte man sich aufgrund dieses skurrilen Vorgehens den Bauch vor Lachen halten.

Diese geplanten „Minimalerhöhungen“ sind keine Strukturreform, sondern einfach lächerlich. Dadurch wird unser Beruf mit Sicherheit nicht attraktiver. Die Politik macht wieder einmal deutlich, dass den vielen geschwollenen Reden keine nennenswerten Taten folgen. Durch dieses Reförmchen fühle ich mich verarscht. Die Politik hat anscheinend immer noch nicht aus der Vergangenheit gelernt. Die Wahlergebnisse aller verantwortlichen Parteien bzw. die Wahlbeteiligung werden ihren Trend fortsetzen.

Aus den bei der Übernahme des Tarifabschlusses mit Blick auf die Besoldungsstrukturreform zurückbehaltenen 0,4% ist eine Erhöhung von 1 % verteilt auf ganze 4 Jahre heraus gekommen. Ich frage mich, wer in Zukunft die Gesetze der Landesregierung und Bundesregierung ausführen soll, wenn niemand mehr im Öffentlichen Dienst arbeiten wird. Allein in der Landesverwaltung werden bis 2023 14.500 Beschäftigte altersbedingt ausscheiden. Diese Lücke muss aufgefangen werden und dafür benötigt der Öffentliche Dienst Personal; und vor allem motiviertes Personal! Mit der jetzt vorgestellten Reform wird die Landesregierung kein Personal bekommen und erst recht nicht das Personal motivieren.

Der Anspruch des Landes Schleswig-Holstein „an das Mittelfeld“ aufzurücken ist interessant. Im Fußball würde man sagen, dass wir nicht absteigen wollen. Dieses Ziel geben nur die schlechtesten Vereine aus. Ist das wirklich der Anspruch der Landesregierung?

Die Anhebung der Eingangsämter ist für Nachwuchskräfte, die sich neu für den Öffentlichen Dienst entscheiden, sicherlich interessant. Allerdings sind es in den nächsten Jahren auch die höher besoldeten Stellen welche altersbedingt frei werden. Hier besteht zu den unteren Besoldungsgruppen zunehmend eine zu geringe Differenz. Viele Kollegen werden sich die Frage stellen, ob sie mehr Verantwortung und sehr wahrscheinlich auch mehr Arbeit auf sich nehmen um z.B. von A 11 zu A 12 befördert zu werden. Wenn dies sich auf dem Gehaltszettel kaum bemerkbar machen werden diese Frage viele mit Nein beantworten.

Ich empfinde die geplante Maßnahme von einer Besoldungsanhebung um 1 %, die auf vier Jahre gestreckt werden soll, als eine mehr als peinliche Aktion/ Reaktion. Sicherlich kann man immer

Auszüge aus den Rückmeldungen der Betroffenen zur vorgesehenen Besoldungsstrukturreform

damit argumentieren, dass ein „Bisschen mehr“ besser als „Gar nichts“ ist. Sinnvoller wäre, die Erhöhung um 1 % komplett in einem Jahr auszuschütten, das würde man eventuell sogar auf dem Gehaltszettel merken.

Schlechte Stimmung – schlechte Werbung! Es müsste viel mehr dafür gesorgt werden, dass es den „alten“ Kollegen gut geht und diese mit ihrem Job und der Vergütung zufrieden sind, denn das sind die, die Werbung machen bei den Schülern und Praktikanten! Gute Stimmung – gute Laune – gute Werbung - gutes neues Personal!

Ich möchte diese „großzügige“ Erhöhung von 1 Prozent auf 4 Jahre verteilt nicht. Ich fühle mich verars...t!

Das Geplante „Geschenk“ der Landesregierung ist auf den ersten Blick schon eine Lachnummer, das die Attraktivität des ÖD nicht gerade steigert. Für eine Attraktivitätssteigerung wären eine kürzere Arbeitszeit und/oder mehr Urlaub eher sinnvoller. Frohe Weihnachten dann!

Gut ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die z.B. bei Hamburg wohnen und Mangelfächer unterrichten, werden sich auch weiterhin für Niedersachsen und Hamburg entscheiden – sicherlich aber nicht aufgrund von 1 % auf vier Jahre verteilt für unser schönes Bundesland

Im mittleren Dienst hat man im Grunde nur noch eine Beförderung wirklich sicher. Das ist keine Perspektive, das motiviert auch niemanden. Ich breche bei einer Einmalzahlung von 100 Euro oder einer Gehaltserhöhung von einem Prozent, verteilt auf vier Jahre, nicht in Begeisterung aus. Wenn ich daran denke, mit welcher Selbstverständlichkeit ganz andere Summen in der Gorch Fock oder der HSH Nordbank verschwinden, wird mir schlecht.

Als ich die Zahlen das erste Mal gelesen habe, hielt ich es für einen Scherz. Für mich sind derart niedrige Anhebungen nicht diskussionswürdig. Ausgehend von meinem Grundgehalt von 2635€ sind 0,3% ungefähr 8€.

Bei meinen 4 Kindern und jetzt einigen Enkeln, kommen für Weihnachtsgeschenke hohe Aufwendungen zusammen. Neben dem materiellen Wert versinnbildlichen die Geschenke auch eine Wertschätzung, eine besondere Aufmerksamkeit und Zugehörigkeit zur Familie. Früher habe ich Weihnachtsgeld bekommen, welches man neben dem materiellen Wert auch sinnbildlich als Wertschätzung, eine besondere Aufmerksamkeit und Zugehörigkeit interpretieren konnte und wohl auch hat. Und wie sieht es heute aus? Ja, da haben wir den Vorschlag einer Pseudoerhöhung, die nichts mehr mit Weihnachten oder Wertschätzung zu tun hat. Und das macht mich richtig sauer, um es zivilisiert auszudrücken.

Eine höhere Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein ist auch im Vergleich mit anderen Bundesländern mehr als erforderlich. Die vorgeschlagenen Punkte stellen nur einen Anfang dar, der allerdings nicht auffängt, was durch die Streichung des Weihnachtsgeldes und die Anhebung der Wochenarbeitszeit "kaputt" gemacht wurde. Ich nehme aus Gesprächen vor allem mit jüngeren Kolleg*innen mit, dass sie dieses "Mehr" an Arbeit – auch im Vergleich zu den Tarifbeschäftigten stark kritisieren.

Mit Blick auf den Trend, die Schere zwischen den niedrigeren und höheren Besoldungsgruppen nicht zu groß werden zu lassen, ist auch zu berücksichtigen, dass die Attraktivität von Stellen mit hohem Verantwortungsgrad erhalten werden muss. Denn auch die Gewinnung von qualifizierten Führungskräften darf nicht aus den Augen verloren werden und wird m.E. in den letzten Jahren mehr und mehr vernachlässigt.

Die Landesregierung hatte zuvor betont, dass die Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein insgesamt ein Anliegen sei und dass das Thema Weihnachtsgeld in ein Gesamtpaket über die Verbesserungen der Besoldungsstruktur integriert werden müsse. Und nun ist das Ergebnis 1% Gehaltserhöhung verteilt auf 4 Jahre? Und das Thema „Weihnachtsgeld“

Auszüge aus den Rückmeldungen der Betroffenen zur vorgesehenen Besoldungsstrukturreform

wieder vom Tisch gefegt? Ich nenne das WORTBRUCH! So was überhaupt durch die Medien mit voller Stolz zu publizieren, ist erbärmlich.

Den Verfassern der Eckpunkte ging es lediglich darum, gerichtliche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts über nicht amtsangemessene Besoldungshöhen zu verhindern. Insofern haben sie völlig versagt und sind, sofern man das vorgelegte Ergebnis für eine Besoldungsstrukturreform als ein Prüfungsergebnis interpretiert, als glatt „durchgefallen“ einzustufen.

Ich bin zu anderen Bedingungen eingestellt worden. Ich für meinen Teil werde mit Sicherheit nicht nochmal die die Landesregierung in der derzeitigen Konstellation wählen, wenn die nicht schnellstmöglich nachbessern! Wenn's „brennt“ sind wir gerne gesehen, aber für unsere Aufgaben und Gefahren will man uns nicht angemessen bezahlen! Was haben wir „Altgedienten“ von der Anhebung der Grundgehälter im Einstiegsbereich??? Richtig! Nichts! Boah, bin ich sauer.

Als Beamter auf Probe stehe ich gerade erst am Anfang meiner hoffentlich noch langen Dienstzeit, aber um auch weiterhin junge Leute für die Arbeit im öffentlichen Dienst zu motivieren ist es dringend notwendig, diesen attraktiver zu machen. Geeignete Themen sind Arbeitszeitreduzierung, Weihnachtsgeld, Verringerung der Aufstiegshürden sowie die Beihilfe.

Als mir die Eckpunkte zur Besoldungsstrukturreform „ins email-Fach flatterten“ war mein erster Gedanke: „Na, da hat wohl was mit dem E-Mail-Versand nicht geklappt. Da fehlt ja die zweite Seite!?“ Heute, nach einer Nacht drüber schlafen, bin ich gelinde gesagt entsetzt.

Der Ansatz, den öffentlichen Dienst attraktiver zu machen, ist löblich, in der Ausgestaltung jedoch völlig verfehlt; in Gänze kontraproduktiv. Die Eckpunkte, und insbesondere die Erhöhung um 0,2 % ab in 2 Jahren, sind ein Schlag ins Gesicht eines jeden Beamten, als Anreiz für die Neugewinnung von qualifiziertem Personal völlig ungeeignet und als Frechheit abzulehnen.

Wo soll der Ausgleich für über 10 Jahre Verlust des Weihnachtsgeldes sein, wo der Ausgleich für die Erhöhung der Wochenarbeitszeit? Was ist mit Ausgleich für gestrichenes Urlaubsgeld oder für die Einschränkungen in der Beihilfe? Von einer Kompensation für die ohnehin im Vergleich mit anderen Bundesländern zu schlechte Bezahlung insgesamt kann ja wohl gar nicht die Rede sein. Haben wir ernsthaft darauf gehofft, dass auch nur einer dieser Aspekte mal bedacht wird? Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man in schallendes Geländer verfallen.

Wo soll die Struktur sein und vor allem: Was an dem Entwurf stellt auch nur im Ansatz eine Reform dar, die diesen Namen verdient?

Das Verhalten der Landesregierung hinsichtlich der sog. Besoldungsstrukturreform erinnert fatal an das Verteilen lächerlicher Almosen durch altvordere Großgrundbesitzer an ihre Leibeigenen.

Für wen macht diese Landesregierung eigentlich Politik? Nicht für ihre Leistungsträger, die in der Regel jahrzehntelang ihren Kopf hinhalten für eine verfehlt Politik. Die in vorderster Front stehen, wenn es gilt einzustecken, was „die da oben“ sich ausgedacht haben. Für eine zunehmend anspruchsvollere Gesellschaft mit immer drängender werdenden Problemen. Für eine bereits seit geraumer Zeit einsetzende Pensionierungswelle, die zunehmend an Fahrt aufnimmt. Für zunehmende Arbeitsverdichtung, die ihr Ende noch lange nicht erreicht hat. Für eine schon jetzt lange Wochenarbeitszeit und steigende Lebensarbeitszeiten. Für eine Arbeit, die schon jetzt viele verzweifeln lässt und (dauerhaft) krank macht- physisch und psychisch.

Hält die Landesregierung zukünftige Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes für so kurzsichtig und naiv, dass diese sich nun in Scharen im öffentlichen Dienst bewerben, nur weil die Eingangssämter ein bisschen aufgehübscht worden sind? Das qualifizierte Personal, das so dringend im öffentlichen Dienst gebraucht wird (Stichworte: Digitalisierung, Pensionierungswelle, Fachkräftemangel) wird sich von so ein paar Bröckchen nicht blenden lassen. Und die, die das tun, werden schnell merken, wie wenig die Landesregierung für ihr Personal übrig hat.

Dieser Umgang mit Mitarbeitern wird m.E. eher dazu führen, dass sich junge Leute noch mehr als ohnehin schon vom öffentlichen Dienst abwenden oder in andere Bundesländer abwandern. Wir haben es mit einer jungen Generation zu tun, die anders als andere Generationen vor ihnen viel

Auszüge aus den Rückmeldungen der Betroffenen zur vorgesehenen Besoldungsstrukturreform

eher bereit ist, zu wechseln oder noch mal völlig neue Wege zu gehen, die anspruchsvoll sind und diese Ansprüche auch artikulieren.

Was bleibt sind die Beamtinnen und Beamten, die teilweise jahrzehntelang ihren Dienst geleistet haben und nun mit etwas abgespeist werden sollen, das einer absoluten Geringschätzung gleichkommt. Wie gedenkt die Landesregierung, das vorhandene Personal zu motivieren und eben nicht zu frustrieren und womöglich innere Kündigung, Dienst nach Vorschrift, Flucht ins Private, Krankheit, womöglich Korruption, Politikverdrossenheit und/oder Wahl extremer Parteien hervorzurufen?

Die jetzt verkündete Besoldungsstrukturreform ist für mich mehr als eine gefühlte Ohrfeige – sie ist das Instrument der absoluten Degradierung von Beamten zu geforderten Leistungserbringern unter Zwang unter Nichteinhaltung von Versprechen unter dem Deckmantel der „Alimentation“. Letztendlich kann ich keinem jungen Menschen ehrlicherweise empfehlen, als Anwärter in die Steuerverwaltung des Landes Schleswig – Holstein einzutreten. Nochmals: Weihnachtsgeld weg, Urlaubsgeld weg, 41 Stunden Woche, Eigenanteil Beihilfe, Pensionsobergrenze von 71,75 %, Beurteilungen mit vorgegebenen Rahmen, Lebensarbeitszeiterhöhung, fortdauernde Pensionskürzung bei vorzeitigem Ruhestand, selbstverständlich kein Streikrecht, temporäre Wegnahme der Jubiläumszuwendung (war ich selbst von betroffen) etc. In der Summe dieser Maßnahmen und des Verhaltens meines Arbeitgebers – dem Land Schleswig – Holstein – fällt meine Beurteilung meiner Lebensarbeitszeit negativ aus. Ich möchte jedoch betonen, dass ich im Laufe meines langen Arbeitslebens viele nette und tolle Kolleginnen und Kollegen und ausdrücklich auch tolle Vorgesetzte kennenlernen durfte, die trotz der eigenen Frustration es immer wieder geschafft haben, zu motivieren. Denen allen danke ich. Wer aber muss in meinen Augen jetzt die Verantwortung für mein Fazit tragen? Zunächst einmal ich, der als junger Mensch die (trägerische) Sicherheit als Beamter den anderen Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt vorzog und vor allem die Politik und die Politiker, die im Rahmen der Gesetze die Beamtenschaft - je nach Zeitpunkt zur nächsten Wahl – auspressen und als Übel ansehen, denen man auch noch Pensionen zahlen muss.

PS: Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg hat zu seiner Zeit den „Beamtenstatus“ festgeschrieben: „Es ist dem Beamten/ Untertan untersagt, den Maßstab seiner beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen.“ – Scheinbar gilt diese Aussage für Politiker von heute weiterhin!

Grundsätzlich denke ich, dass wir in der aktuellen Besoldungsrunde tolle Ergebnisse erzielt haben. Auf der anderen Seite ist die Besoldungsstrukturreform schlicht und ergreifend eine komplette Nullnummer!

Was ist das bitte für eine Aussage?! Die finanziell attraktivere Ausgestaltung des Polizeiberufs ist uns ein Prozent in vier Jahren wert und dann legen wir noch das auf die Einstiegsgehälter um, was sowieso übrig geblieben ist. Wen will man bitte damit gewinnen?

Eine Wiedereinführung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes für alle Besoldungsgruppen, meinerwegen auch über mehrere Jahre gestaffelt hätte bundesweit für Aufsehen gesorgt. Damit wäre S-H im Ländervergleich deutlich nach vorne gerückt und wäre auch im Gehaltsvergleich mit der freien Wirtschaft wieder deutlich interessanter. Zudem hätte man so gegenüber den bereits im Landesdienst befindlichen Beamtinnen und Beamten die Chance gehabt, verloren gegangenes Vertrauen zurück zu erlangen. Natürlich ist so ein Vorgang mit erheblichen finanziellen Aufwendungen verbunden. Aber die Frage ist eben, wie viel (Wertschätzung) der Landesregierung der Polizeiberuf wert ist.

Dabei sollte man auch nicht aus den Augen verlieren, dass gerade bei jüngeren Generationen die „Work-Life-Balance“ einen enormen Stellenwert hat.

Diese „Balance“ lässt sich sicher nicht nur mit Geld aufwerten, aber ein Beruf der sehr viel von seinen Mitarbeitern fordert, der muss halt auch umso mehr bieten.

Ich war früher Polizist aus voller Überzeugung und bin das auch noch heute. Bei vielen meiner Kolleginnen und Kollegen ist das ebenfalls so. Ich denke aber auch, dass dies heute eben keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Auszüge aus den Rückmeldungen der Betroffenen zur vorgesehenen Besoldungsstrukturreform

Wenn die Landesregierung also ernsthaft von einer Besoldungsstrukturreform sprechen möchte, dann sollte sie aus meiner persönlichen Sicht dringend nacharbeiten!

Ich bin 1991 bei der Landespolizei Schleswig-Holstein als Polizeihauptwachtmeister-Anwärter eingestellt worden. Ich hatte 38,5 Stunden Dienst pro Woche. Meine Heilfürsorge war frei, und zwar wirklich frei. Ich wurde angemessen entlohnt und bekam Weihnachtsgeld, das beinahe einer vollen Monatsbesoldung entsprach. Und ich sollte, wenn ich so alt werden dürfte, mit 60 Jahren in den Ruhestand gehen.

In meiner Ausbildung lernte ich, dass ich meinem Land diene und im Gegenzug vom „Alimentationsprinzip“ profitiere. Um uns Auszubildenden das verständlich zu machen, wurde es damals ganz platt als die „Pflicht des Landes“ erklärt, dafür zu sorgen, dass sich die Beamten in „angemessener Bezahlung“ in der Mitte der Gesellschaft wiederfinden. Damit war ich zufrieden, der Deal war fair.

Mittlerweile hat sich die Lage etwas „entwickelt“. Ich bin jetzt 45 Jahre alt und habe mir in meiner bisherigen Laufbahn etwas mehr als 20 Jahre Schichtdienst um die Ohren gehauen. Mit allem, was dazugehört.

Dabei habe ich häppchenweise die eine oder andere Veränderung hinnehmen müssen. Ich versehe jetzt wöchentlich 41 Stunden Dienst, tatsächlich sind es oft mehr. Wenn ich mit meinen typischen Schichtleiden wie Schlafstörungen und hohem Blutdruck den nach hinten geschobenen Ruhestand erreiche, werde ich eine abgesenkte Pension beziehen.

Die Heilfürsorge ist längst nicht mehr frei. Ich habe erlebt, dass Landesregierungen erstrittene Tarifeinigungen für den öffentlichen Dienst nicht oder deutlich verspätet oder abgewandelt übernommen haben. Und das Weihnachtsgeld, das eigentlich ja Sonderzahlung heißt, verdient im Vergleich zu dem prozentualen Anteil des Weihnachtsgeldes von 1991 gemessen an meiner Besoldung nicht mal mehr diese offizielle Bezeichnung.

Den Platz in der Gesellschaft, den mir das Land durch angemessene Bezahlung einräumen soll, konnte ich einigermaßen halten. Allerdings auch nur aufgrund von Förderung, Engagement und auch etwas Glück. Vereinfacht formuliert, habe ich durch ein Mehr an Dienst keine Verbesserung erzielt, sondern lediglich den Status gehalten.

Zunehmend empfinde ich den Deal aber nicht mehr als fair und zunehmend frage ich mich, was erst meine vielen Kollegen denken müssen, denen auf der Karriereleiter weniger Sprossen geboten worden sind als mir.

Ich habe mich bei jedem Mal, wenn Sparbeschlüsse als Ausweg aus einer angespannten Finanzlage getroffen wurden, dem gefügt. Ich bin ja nicht weltfremd und konnte verstehen, wenn das Land den Gürtel enger schnallen musste, weil z.B. ein ambitioniertes Bankprojekt nördlicher Bundesländer an die Wand gefahren und massenhaft Geld verbrannt wurde. Ich habe darauf vertraut, dass Versprechungen der Politik – ganz gleich, welcher Couleur – gehalten werden. Dass Sparmaßnahmen zurückgedreht werden, wenn es dem Landeshaushalt wieder besser gehen sollte.

Dieses Vertrauen ist weg. Früher musste ich immer lachen, wenn mein mir persönlich bekannter Landtagsabgeordneter aus meinem Wahlkreis mir mit einem jovialen Lächeln die Hand gab und ein interessiertes „Wie geht`s“ herausposaunte, um dann nicht mal mehr die Antwort abzuwarten. Heute sind genau solche Begegnungen der beste Beweis, wie entrückt die Politik mittlerweile von ihren Bürgern im Allgemeinen und ihren Landesdienern im Besonderen ist. Und ein weiterer Beweis fast schon überheblicher Entrückung sind die Eckpunkte der Besoldungsstrukturreform.

Angekündigt als großer Wurf zur Steigerung der Attraktivität unseres Berufes, habe ich die bisher vorgelegten Entwürfe zur „Reform“ angesichts deutlich verbesserter Haushalte und Steuerschätzungen, die Platz für die Einlösung vieler Versprechen gelassen hätten, eher als Tritt in die Leistenggend empfunden. Und, gemessen an dem Ziel der Attraktivitätssteigerung, ist das Thema des Aufsatzes zur Besoldungsstrukturreform als verfehlt zu bezeichnen.

Von einst empfundener Fairness ist bei mir jedenfalls nichts mehr geblieben. Der Deal ist durch das Land längst einseitig aufgekündigt worden und trotzdem dienen meine mich umgebenden Kollegen und ich immer noch.

Bezeichnend ist dabei ein Fakt: In meinem Freundeskreis hat schon lange keiner mehr gesagt, wie gut ich es habe.

Auszüge aus den Rückmeldungen der Betroffenen zur vorgesehenen Besoldungsstrukturreform

Das Land befindet sich -genau wie die Kommunen- im Wettbewerb um Nachwuchskräfte. Ich will gar nicht von den Besten reden, es geht mittlerweile bei vielen Dienstherren schon eher darum, überhaupt die vorgesehene Anzahl an Ausbildungs- und Studienplätzen mit qualifiziertem Nachwuchs besetzen zu können. Eine derart lächerliche Anhebung der Besoldung steigert jedoch die Attraktivität des öffentlichen Dienstes in keinster Weise. Ein weiterer Nachteil ist die 41-Stunden-Woche, da für den heutigen Nachwuchs meist die Work-Life-Balance eine hohe Bedeutung hat. Die Arbeitszeitreduzierung ist jedoch nicht Gegenstand der „Reform“ - aus Angst, dass die Arbeit dann nicht mehr geschafft wird. Es könne ja nicht davon ausgegangen werden, dass beim Land und bei den Kommunen motivierte Beamtinnen und Beamte arbeiten, welche ihre Aufgaben trotz reduzierter Wochenarbeitszeit schaffen WOLLEN weil sie einen Sinn in ihrer Arbeit sehen könnten.

Selbst die Struktur der Besoldung wird nach den vorliegenden Eckpunkten nicht einmal im Ansatz verändert. Es wird weder die Struktur der Erfahrungsstufen, noch die Struktur der Besoldungsgruppen selbst in irgendeiner Form verändert. Um jedoch den stetig steigenden Anforderungen an die einzelnen Berufsgruppen der Beamtinnen und Beamten gerecht zu werden und zumindest einigermaßen mit privatwirtschaftlichen Gehältern mithalten zu können, ist hier dringender Nachbesserungsbedarf erforderlich.

Es bleibt daher unverständlich und inakzeptabel, dass die Einstiegsämter auch der Laufbahngruppe 2 nicht ebenfalls um eine Besoldungsgruppe angehoben werden beziehungsweise werden sollen. Dies erweckt den Anschein, dass die Aufgaben- und Verantwortungszunahme hier nicht wertgeschätzt wird. Es dient in keinster Weise der Attraktivitätssteigerung gegenüber der Privatwirtschaft, wenn die (Fach-)Hochschul-Absolventen mit lächerlichen 0,4% Grundgehaltssteigerung zu einem Dienstestieg motiviert werden sollen. Offenbar erhält das Land stetig genügend Nachwuchskräfte, als dass es hier Nachsteuerungsbedarf sehen würde.

Ebenfalls zu bemängeln ist die Struktur der Erfahrungsstufen. Bei der gegenwärtigen Besoldungsstruktur werden z. B. in der Besoldungsgruppe A9 bei einem Erfahrungsstufenaufstieg lediglich 50,- Euro netto mehr gezahlt -mit mindestens zwei Jahren Abstand zum nächsten Stufenaufstieg. Ein Vorankommen im Entgeltbereich wird so künstlich erheblich erschwert, während die Stufenaufstiege im Bereich der Beschäftigten häufig Steigerungen von mehreren hundert Euro beinhalten. Die Beschäftigten haben natürlich weniger Erfahrungsstufen, aber mit der Gewissheit, dass ein Stufenaufstieg tatsächlich etwas auf dem Konto bringt. Aus meiner Sicht ist es daher sinnvoll und angezeigt, eine Reduzierung der Erfahrungsstufen zu Überdenken. Gegenwärtig beinhaltet die Besoldungsgruppe A9 z. B. 10 einzelne Erfahrungsstufen, erst höhere Besoldungsgruppen (ab A15) verfügen über 7 Stufen.

Durch Gehaltssteigerungen von max. 0,3% (bei A9 Stufe 2 gegenwärtig rd. 7,50 EUR monatlich) kann kaum von so etwas wie Reform oder Attraktivität gesprochen werden. Dass sich eine Beamtin oder ein Beamter mit der genannten Besoldungsgruppe (welche schon relativ hoch ist im Vergleich zu anderen Besoldungsgruppen) im Monat einen Teller Currywurst-Pommes oder zwei Döner mehr leisten kann, ist extrem traurig. Eine derartig ungenügende Form der Wertschätzung hätte ich selbst von unserer sparzwangbehafteten Landesregierung nicht erwartet.

Ich denke, im Bereich der Sonderzahlung hätte die Landesregierung noch die Möglichkeit, verlorenen Boden wieder gut zu machen. Die übrigen Ansätze zur sog. „Reform“ der Besoldungsstruktur sind hingegen lächerlich und eines schleswig-holsteinischen Berufsbeamtentums nicht würdig.

Die lineare Erhöhung der Besoldung um 1 % in vier jährlichen Schritten betrachte ich als längst überfälligen, aber nicht ausreichenden Schritt der Landesregierung. Hier gilt es den vergleichenden Blick zur Höhe der Besoldung in anderen Bundesländern oder beim Bund nicht zu vergessen. Beim „Ringeln um die besten Köpfe“ stehen sowohl Bund als auch Länder in den kommenden Jahren im direkten Konkurrenzkampf. Gerade in den kommenden Jahren wird die demografische Keule voll einschlagen. Die Perspektiven für Junge Menschen, welche mit guten Voraussetzungen in die Berufswelt einsteigen, werden in den kommenden Jahren auch in der

Auszüge aus den Rückmeldungen der Betroffenen zur vorgesehenen Besoldungsstrukturreform

freien Wirtschaft gut wie selten sein. Bei der entsprechenden Berufsauswahl sind die Aussichten schon jetzt sehr gut. Ob vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen eine lineare Anhebung der Besoldung um ein Prozent über vier Jahre ausreicht, erscheint fraglich.

Die Einmalzahlung von 100 € ist ein „nettes Zubrot“. Netto reicht das aber gerade mal für einmal Essen gehen mit der Familie. Mir ist klar, dass wir als Beamte keinen Anspruch auf Erfolgsprämien haben, wie sie in der freien Wirtschaft nach erfolgreichen Geschäftsjahren üblich sind. Solche Prämien will ich auch gar nicht haben. Aber wenn schon Mittel für eine Einmalzahlung von 100 € da zu sein scheinen, warum wird dann nicht das bescheidene Urlaubsgeld von 250 €, welches zusammen mit dem Weihnachtsgeld abgeschafft wurde, wieder eingeführt??

Stichwort Weihnachtsgeld: Ich hatte zum damaligen Zeitpunkt durchaus Verständnis dafür, dass der Landeshaushalt konsolidiert werden musste. Jeder der mit offenen Augen durch die Welt geht, wird mir da beipflichten. Allerdings habe ich nie verstanden, warum die jährliche „Weihnachtsgratifikation“ auf die Besoldungsgruppen bis A 10 beschränkt wurde und blieb. Warum kann, wenn schon nicht gleich die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes erfolgt, nicht in einem ersten Schritt die Gewährung der Weihnachtsgratifikation für alle Besoldungsgruppen wieder eingeführt werden?? In einem weiteren Schritt kann (und muss!) dann, bei gleichbleibender positiver Haushaltsentwicklung über Wiedereinführung, mindestens aber über eine Erhöhung der derzeitigen Weihnachtsgratifikation diskutiert werden. Ein bloßes Wegwischen dieser Gedanken dürfte auf Dauer zu weiterem Unmut in der Belegschaft führen. Das Verständnis für die grundsätzlich ablehnende Haltung der Landesregierung ist sowieso kaum noch vorhanden.

Mit Kritik ist das ja nun oft so eine Sache. Die Politik wird wahrscheinlich wieder mal auf unsere beschränkte Froschperspektive verweisen, aus welcher wir die Handlungen der Denker und Lenker unseres Landes betrachten. Vermutlich wird es wieder so kommen, dass irgendjemand in Kiel wieder darauf hinweisen wird, dass alles ja auch finanzierbar und haushaltsmäßig tragbar bleibt. Und ja – ich gebe diesen Bedenkenträgern in Teilen sogar Recht. Gerade als Beamter, dem das Wohlergehen unseres Landes am Herzen liegt, glaube ich, dass mit Steuermitteln nicht verantwortungslos geaast werden darf. Daher empfiehlt sich ein Blick auf die Ausgabenseite unseres Landes. Viele sinnlose Ausgaben ließen sich über alle Resorts hinweg einsparen. Ein Blick in die Berichte des Bundes der Steuerzahler genügt. Zudem könnte eine Ausweitung der Heilfürsorge nach dem Modell der Landespolizei auf weitere Bereiche – insbesondere auf die Pensionäre und Pensionärinnen des Landes - zu deutlichen Einsparungen führen.

Schleswig-Holstein wird dadurch kein Stück konkurrenzfähiger, das Thema Weihnachtsgeld wird nicht befriedet und das Vertrauen in die Politik gewinnen wir auch nicht gerade zurück.

Das Verhalten der Politik in dieser Sache zeugt von absoluter Ignoranz, Respektlosigkeit und mangelnder Wertschätzung. In der freien Wirtschaft würde man das als Betrug werden.

Ein sehr passendes amerikanisches Sprichwort: „The Nation which forgets its defenders will itself be forgotten“ (Calvin Coolidge)

Aber jammern, dass in vielen Parlamenten mittlerweile Außenseiterparteien zweistellige Zuwächse erhalten, anstatt ihre Politik zu überdenken und wieder auf einen „rechten Kurs“ zurückzuführen. Nein, nicht die Wähler haben sich verändert, sondern diese Parteien mit ihrer Politik haben sich mittlerweile so weit vom Volk entfernt, dass sie für viele nicht mehr vertrauenswürdig und wählbar erscheinen.

Im Hinblick auf die seit Jahren hohe Belastung und den erzwungenen Zugeständnissen der Beamten ist es nicht vertretbar, diese mit der „Wohltat“ von einem Prozent abzuspeisen und der Bevölkerung das Gefühl zu vermitteln, die Beamten würden irgendwelche Sonderleistungen oder dergleichen erhalten.

Es lohnt sich bei der momentanen Arbeitsmarktsituation nicht einmal mehr für halbwegs gut ausgebildete Kräfte, für die vom Land angebotene Besoldung 41 Stunden in der Woche arbeiten zu gehen, von Fachkräften ganz zu schweigen.

Mit der seit langem angekündigten Reform hangelt man sich an der Grenze der Verfassungsmäßigkeit der Besoldung entlang. Was für eine Verar...ng, diese als großen Wurf zu verkaufen.

Auszüge aus den Rückmeldungen der Betroffenen zur vorgesehenen Besoldungsstrukturreform

Ich schreibe Ihnen als Vertreterin einer Generation, die mit Smartphone und Tablet besser umgehen kann als mit Stift und Papier. Und ich habe bereits einige Arbeitsumfelder außerhalb des Öffentlichen Dienstes kennenlernen dürfen, ich erlebe gebrochene Lebensläufe als völlig selbstverständlich. Was sie alle gemeinsam haben, sind ein angemessenes Gehalt und eine Arbeitsumgebung, die nahezu reibungslos funktioniert und flexibles arbeiten ermöglicht. Das ist bei uns leider nicht möglich. Es mangelt an modernen Schreibtischen und einer leistungsfähigen PC-Ausstattung. „Wenigstens bekommt ihr ja schon gutes Gehalt in der Ausbildung!“, das höre ich oft aus meinem Umfeld. Ja stimmt, ich bekomme Anwärterbezüge, ja, ich bin privatversichert, ja, ich arbeite beim Land, der Job ist krisensicher. Aber im Vergleich zu draußen, der freien Wirtschaft, muss ich mich fragen, wie will mein Dienstherr mich halten, wenn ich meinen Abschluss in der Tasche habe?

Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man darüber nur lachen. Kommentare in den sozialen Medien: „Glückwunsch liebe Beamte zu Eurer großartigen Gehaltserhöhung! Gebt bitte nicht alles auf einmal aus!“ Einfach nur erbärmlich.

Ich selber bin zwar erst seit einigen Jahren im Landesdienst beschäftigt, mein Duales Studium in der Laufbahngruppe 2 erstes Einstiegsamt begann in 2014, aber dennoch spüre ich die tiefe Enttäuschung gegenüber der Politik wenn es um die Themen Besoldung und Wertschätzung geht.

Ich habe meine Ausbildung vor ca. zwei Jahren beendet und „freue“ mich seitdem nicht nur über einen Arbeitsplatz aus der Steinzeit, was Ausstattung und Digitalisierung betrifft, sondern auch über veraltete Beförderungs- und Beurteilungsstrukturen, die mir aufzeigen, dass eine Karriere keinesfalls von der eigenen Arbeitsleistung abhängt.

Wenn man mich im Freundes- und Bekanntenkreis fragt, ob ich die Beamtenlaufbahn empfehlen kann, würde ich jedem davon abraten, der auch nur ein bisschen was auf dem Kasten hat, weil die Vorzüge, die ein Beamtenverhältnis mal aufzuweisen hatte, schon lange nicht mehr diese Gewichtung haben und längst von der Wirtschaft abgehängt wurden.

Ich habe gelesen, dass benachteiligte Mitglieder des Landtages, die ohne eigenes Verschulden durch die derzeitige Zinslosigkeit ihre Altersversorgung schwinden sehen, durch eine Reform unterstützt werden. Das würde ich mir auch für die Beamten wünschen, die erst ihr Urlaubsgeld, dann ihr Weihnachtsgeld verloren haben und dafür ohne zusätzliches Entgelt auch noch länger arbeiten „dürfen“.

Es fällt einem ehemaligen Ministerpräsidenten wohl nicht schwer, ohne Schlafstörungen an sein Versprechen (Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes bei besserer Haushaltslage, die Red.) erinnert zu werden. Auch fällt es einem amtierenden Ministerpräsidenten offensichtlich leicht, einen geruhsamen Schlaf zu finden, da solche Versprechen offenbar amts- oder Parteigebunden, sondern personengebunden gegeben werden. Wodurch ein daraus resultierender Anspruch wohl mit dem Wechsel erloschen ist. Es fällt auch den Politikern, die bei der HSH-Nordbank im Aufsichtsrat saßen, und eine gehörige Mitverantwortung für die Verschwendung von Milliarden aus dem Landeshauhalt tragen, nicht schwer, auf die Verantwortung des Öffentlichen Dienstes für einen ausgeglichen Landeshauhalt zu pochen. Einen Haushalt, der ohne diese Verluste locker ausgeglichen wäre. Dennoch ist zu vermuten, dass sicherlich keiner seine Aufsichtsratsvergütungen zur Wiedergutmachung an den Landeshalshalt überwiesen hat. Gab es eigentlich ein Wort der Entschuldigung? Aber, ich will mich nicht hineinsteigern – es bekommt mir nicht.

Nur, weil ein kleines Gänseblümchen auf einen Misthaufen gelegt wird, wird der Misthaufen nicht schöner und er riecht auch nicht besser. Nein, Misthaufen bleibt Misthaufen!

Ich habe von den älteren Kollegen schon öfter Geschichten über das Weihnachtsgeld, die 40-Stunden-Woche und das Urlaubsgeld gehört. Gestört hat mich das nie groß – wie ein Hund der nie

Auszüge aus den Rückmeldungen der Betroffenen zur vorgesehenen Besoldungsstrukturreform

Fleisch bekommen hat, wusste ich nicht, was mir fehlt. Doch jetzt fühle auch ich mich wie eine fallen gelassene Kartoffel.

Eine kurze Hochrechnung ergibt für mich eine Steigerung von etwa 5 Euro brutto mehr. Man sollte nicht vergessen, dass von den insgesamt 47,1 Millionen Euro grob geschätzt 20 Prozent durch Einkommens- und Umsatzsteuer wieder zurück in Öffentliche Kassen fließen. Und das geschieht auch noch durch unsere pflichtgetreue Arbeit.

Und nun sollen wir uns auf die nächste Jobmesse stellen, um qualifizierte Nachwuchskräfte zu suchen?

Ich hoffe, dass die Gewerkschaft gerade im Hinblick auf das Weihnachtsgeld und die Arbeitszeit dran bleibt – das können wir uns doch nicht gefallen lassen!

Der Arbeitgeber fordert von uns immer mehr und mehr. Alles wird schwieriger und komplexer, Gesetze immer umfangreicher, die Technik lässt uns oft im Stich und macht alles noch zeitaufwändiger und komplizierter. Und dennoch lassen wir den Kopf nicht hängen und kämpfen uns durch die tägliche Arbeit. Und was ist der Dank? Die Besoldungsstrukturreform jedenfalls nicht!

Es war einmal ... so fangen viele Märchen an. Leider ist es kein Märchen, dass aufgrund einer Haushaltsnotlage vor Jahren die Sonderzuwendung gestrichen wurde. Gleichwohl mit dem Versprechen, dass in besseren Zeiten dieser Einschnitt wieder rückgängig gemacht würde. Die Jahre vergingen und es bewegte sich nichts, frei nach dem Motto *„und wenn sie nicht gestorben sind, dann warten sie noch heute“*. Aber dann im Jahr 2018 plötzlich ein Lichtschweif am Horizont. Die Steuereinnahmen sprudelten, dem Haushalt ging es trotz HSH-Nordbank einigermaßen gut. Zeit, das Versprechen einzulösen? Einige Andeutungen aus der Politik gaben Anlass zur Hoffnung, aber es passierte wieder nichts. Dann die Ankündigung, dass man im Rahmen einer Besoldungsstrukturreform auch über die Sonderzuwendung reden könnte. Ja reden kann man über vieles, aber handeln?

Die Erwartungen an die Besoldungsstrukturreform (ein sperriges Wort) waren hoch. Gleichwohl konnte man sich des Gefühls nicht erwehren, dass mit sinkenden Steuereinnahmen die Politik reflexartig das Ansinnen nach einer Wiedereinführung der Sonderzuwendung und Streichung des Selbstbehalts bei der Beihilfe mit Hinweis auf die Haushaltlage ablehnen würde. So kam es auch. Wer die Berichte in den Medien verfolgt hatte, wird mit Entsetzen festgestellt haben, dass genau die alten bekannten Argumente aus der Mottenkiste wiederauftauchen.

Die große Strukturreform ein Papiertiger? Leider ja! Wer sich das Zahlenwerk ansieht, kommt aus dem Staunen nicht heraus. Nicht etwa, weil ein Füllhorn über uns ausgeschüttet wird, nein eher wirken die Zahlen wie ein schlechter Witz. Wie formulierte ein Kollege treffend: „Dann kann ich mir ja eine Cola mehr kaufen“. Keinerlei Ansatz für den Willen, die Sonderzuwendung wieder einzuführen. Einige hegen sogar die Befürchtung, dass die Prozente aus der sog. Besoldungsstrukturreform bei künftigen Gehaltsverhandlungen wieder gegengerechnet werden.

Wir müssen aber bereit sein, wenn es sein muss, durch Aktionen unsere Sache zu unterstützen. Nur gemeinsam sind wir stark!